

Bündnis kritisiert Feuerwehreinsatz für Rettungsdienstaufgaben

Sprecherin sieht Bestätigung für Überlastung der Notfallversorgung in Norden

NORDEN Immer wieder setzt der Landkreis Aurich auf die Freiwillige Feuerwehr Norden in medizinischen Notfällen, trotz vorheriger Zusicherungen, hauptamtliche Rettungskräfte einzusetzen. Das Aktionsbündnis Krankenhaus Norden kritisiert diese Vorgehensweise und fordert Klarheit über die Verantwortlichkeiten.

Erst Ende Oktober wurde ein entsprechender Einsatz

in Süderneuland bekannt. Weil der Rettungsdienst noch bei anderen Einsätzen gebunden war, bat die Leitstelle die Feuerwehr um Unterstützung. Dies sorgt für Unmut und Enttäuschung bei den Betroffenen und in der Öffentlichkeit. Anke Lohmann, Sprecherin des Aktionsbündnisses: „Der Landkreis wollte hauptamtliche Rettungskräfte nicht durch Freiwillige ersetzen.

Wieder ein Versprechen gebrochen. Damit offenbart sich einmal mehr, welchen Wert die Landkreiszusagen haben.“

Die Entscheidung des Landkreises, auf die Freiwillige Feuerwehr Norden zurückzugreifen, wirft auch Fragen nach der Haftung im Falle von Fehlern in der medizinischen Versorgung auf. Die Norder Feuerwehr ist weder personell noch mit

den erforderlichen Hilfsmitteln für die medizinische Notfallversorgung ausgestattet.

Das Aktionsbündnis betont, dass dieser erneute Einsatz der Feuerwehr die bereits vor einem Jahr vom Rettungsdienst erhobene öffentliche Überlastungsanzeige bestätigt. „Es besteht schon seit geraumer Zeit ein Mangel an Personal und einsatzfähigen Rettungswa-

gen.“ Die Frage, wie mit den Versäumnissen des Landkreises umzugehen ist, wird ein zentrales Thema auf der Bürgerversammlung am 15. November sein, zu der das Aktionsbündnis um 19 Uhr ins Norder Theater in der Oberschule einlädt.

Der anhaltende Missstand und die ungelösten Probleme im Rettungswesen werfe auch ein schlechtes Licht auf die Schließung der intensiv-

medizinischen Notfallversorgung im Norder Krankenhaus. Das Aktionsbündnis sieht die politische Verantwortung für diese Probleme bei den Kreistagsfraktionen von CDU und SPD. Obwohl Maßnahmen im Rettungsdienstsausschuss angekündigt wurden, sei bisher keine spürbare Verbesserung eingetreten – man setze weiterhin auf den Einsatz von Freiwilligen.

Aktionsbündnis erzählt nur die halbe Wahrheit

GESUNDHEIT Es kämpft für Erhalt des Norder Krankenhauses – Doch manche Aussage lässt sich relativieren

VON REBECCA KRESSE

Norden - Das Aktionsbündnis zum Erhalt des Norder Krankenhauses verschickt in schöner Regelmäßigkeit Pressemitteilungen, in denen die Verantwortlichen der Klinik oder des Landkreises Aurich angegriffen werden. Nicht alle darin gemachten Vorwürfe halten einer Überprüfung stand. Jetzt verschickte das Aktionsbündnis eine Mitteilung zur Notfallversorgung und verschweigt darin wichtige Fakten, wodurch die Pressemitteilung inhaltlich an eine Falschmeldung grenzt.

Feuerwehr übernahm nur zwei Einsätze

In der Mitteilung heißt es unter anderem: Der Landkreis Aurich habe die Freiwillige Feuerwehr Norden entgegen öffentlicher Bekundungen wiederholt in der medizinischen Notfallversorgung eingesetzt. „Der Landkreis wollte hauptamtliche Rettungskräfte nicht durch Freiwillige ersetzen. Wieder ein Versprechen gebrochen. Damit offenbart sich einmal mehr, welchen Wert die Landkreis-Zusagen haben“, so Aktionsbündnissprecherin

Anke Lohmann. Was sie nicht sagt: Die Feuerwehr Norden ist seit Schließung des Norder Krankenhauses im Sommer ganze zwei Mal für solche Dienste eingesetzt worden. Und das ist, wie ein Anruf bei Feuerwehrsprecher Thomas Weege ergab, vollkommen normal.

Demnach gab es einen Einsatz in Hage und einen in Süderneuland. „Wenn wir ohnehin gerade auf der Straße sind und näher am Patienten, ist es völlig normal, dass wir einen solchen Einsatz übernehmen“, sagte Weege im Gespräch mit unserer Zeitung. Das sei schon immer so gewesen. Bisher habe es besagte zwei Einsätze gegeben – und das sei im normalen Rahmen. Natürlich werde die Feuer-

wehr beobachten, ob die Zahl solcher Einsätze im Zuge der Klinikschließung steigen werde, sagte Weege. Bisher merke die Feuerwehr Norden davon aber nichts.

Trotz dieser Fakten, die auch das Aktionsbündnis mit einem kurzen Telefonat hätte bekommen können, wettet Anke Lohmann in der Pressemitteilung: „Die Norder Feuerwehr hat völlig andere Aufgaben und ist weder personell noch mit Hilfsmitteln zur medizinischen Notfallversorgung ausgerüstet. Wer haftet für den Fall, wenn Fehler unterlaufen?“ Für das Aktionsbündnis unterstreicht der Rückgriff auf die Freiwillige Feuerwehr, „dass die öffentliche Überlastungsanzeige von Mitarbeitern

des Rettungsdienstes von vor einem Jahr die Lage treffend dargestellt habe“. Schon längere Zeit würden Personal und einsatzfähige Rettungswagen fehlen.

Bündnis ruft zur Bürgerversammlung auf

Das Bündnis kündigte in der Pressemitteilung unterdessen für Mittwoch, 15. November, eine Bürgerversammlung ab 19 Uhr im Theater der Norder Oberschule an. Was dann folgt, sind die üblichen Vorwürfe des Bündnisses gegen den Landkreis, die Kreistagsfraktionen und Landrat Olaf Meinen (parteilos). Dem fehle aus Sicht des Aktionsbündnisses „der Mut, das Steuer herumzuerißen“. Woher das Bündnis die Information hat, dass Olaf Meinen das überhaupt möchte, bleibt offen, denn Meinen hat in der Öffentlichkeit stets betont, dass er hinter dem Projekt der Klinikumwandlung stehe. Dies sogar als „Chance für Norden“ begreife. Auch an einem weiteren Punkt fehlen dem Aktionsbündnis die handfesten Beweise. Das Bündnis schreibt: „Jeden Tag offenbare sich, dass die Schließung der in-

tensivmedizinischen Notfallversorgung im Norder Krankenhaus ein Fehler ge-

wesen sei.“ Ein Satz, der nicht weiter ausgeführt oder belegt wird.

OZ-KOMMENTAR

AKTIONSBÜNDNIS

Empörung statt Fakten

VON REBECCA KRESSE



Sich für den Erhalt des Norder Krankenhauses und die Notfallversorgung der Norder einzusetzen, wie es das Aktionsbündnis tut, ist nicht nur rechtens, sondern aller Ehren wert. Nichts spricht dagegen, dabei auch den juristischen Rahmen voll auszuschöpfen. Auch dann, wenn die Klagen bisher wenig erfolgreich waren. Problematisch wird es aber, wenn man die Wahrheit aus den Augen verliert. Wer mit Halbwahrheiten an die Öffentlichkeit geht, um für Empörung und Diskussion zu sorgen, macht sich angreifbar. Das Aktionsbündnis tut sich und dem Kampf für eine sichere Notfallversorgung der Norder keinen Gefallen, auf diese Weise Stimmung gegen die Kreispolitik und Landrat Olaf Meinen zu machen. Wer scharf angreift, muss sich sicher sein, dass die Fakten stimmen. Und diese müssen dann auch auf den Tisch. Mit reinen Behauptungen und Halbwahrheiten macht sich das Aktionsbündnis unglaubwürdig. Lügen und Halbwahrheiten sind doch eher die Mittel von Populisten. Will sich das Bündnis an ihnen orientieren?

@ Die Autorin erreichen Sie unter red-norden@zgo.de



Immer wieder übt das Aktionsbündnis Kritik an der Schließung des Norder Krankenhauses.

FOTO: REBECCA KRESSE